

DIE KRISE KONSEQUENT BEKÄMPFEN, DIE ZUKUNFT NACHHALTIG SICHERN


Positionspapier der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
zur Energiekrise | Dresden, 13. September 2022

Ausgehend vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erleben wir in Deutschland heute eine nie dagewesene Krise der Energiemärkte. Sie schlägt sich unmittelbar auf die Strom- und Gasrechnungen jeder und jedes Einzelnen nieder – in Privathaushalten ebenso wie Unternehmen. Für die meisten war diese Entwicklung unvorstellbar, für viele ist sie unbezahlbar. Menschen, bei denen das Geld schon jetzt kaum über den Monat reicht, fragen sich, wie sie bei den explodierenden Gas- und Strompreisen über die Runden kommen sollen – manche Gürtel lassen sich nicht mehr enger schnallen.

Die Energiekrise bekommen auch die sächsischen Unternehmen zu spüren, denn die steigenden Energiepreise verschlechtern die Produktionsbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit großer Teile unserer Wirtschaft massiv. Viele Unternehmen sehen sich bereits in ihrer Existenz bedroht. Hinzu kommt: Wie schon in der Corona-Pandemie werden Schwachstellen in Lieferketten schonungslos offengelegt. Die Krise ist damit nicht nur eine Gefahr für Privathaushalte, sondern auch für die sächsische Wirtschaft und den Vorsprung Ost – und damit für die

Arbeitsplätze in unserem Land. Dabei müssen wir gerade jetzt weiter in Innovation, Digitalisierung und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft investieren, damit unsere Unternehmen gut durch die Krise kommen und danach weiter wettbewerbsfähig sind. Unsere solidarische Gesellschaft ist in der Lage, diese Probleme anzupacken und in den Griff zu kriegen – mit Zusammenhalt und einer klugen Politik.

Die Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz an der Spitze hat mit den Entlastungspaketen I und II schnell und entschlossen gehandelt; das vorgeschlagene Entlastungspaket III wird vor allem Privathaushalten weiterhelfen. Wenn es darum geht, die Preissprünge am Gas- und Strommarkt zu bekämpfen und Bürger:innen und Unternehmen zu unterstützen, ist zuerst der Bund am Zug. Es reicht aber nicht, in der Krise nur auf Bundestag und Bundesregierung zu zeigen. Wir haben es mit einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu tun. Diese Aufgabe lässt sich nur in gemeinsamer Verantwortung und im engen Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen lösen.





EIN RETTUNGSSCHIRM FÜR KOMMUNEN

Zur Bewältigung der Energiekrise braucht es einen gemeinsamen Kraftakt. Dabei werden die Kommunen besonders stark belastet. Wir brauchen deshalb eine gerechte Vereinbarung zwischen Land und Kommunen über den Umgang mit Mehrkosten. Diese muss nicht nur die Handlungsfähigkeit der Kommunen gewährleisten, sondern auch ein abgestimmtes Vorgehen ermöglichen. Dabei ist insbesondere die Situation der Stadtwerke zu berücksichtigen: Die Forderung nach Bürgschaften und Liquiditätshilfen oder einem Insolvenzmoratorium für kommunale Stadtwerke unterstützen wir.

Besonderen Schutz bedürfen in der gegenwärtigen Lage neben den kommunalen Energie- und Versorgungsunternehmen ebenfalls Krankenhäuser sowie medizinische und pflegerische Einrichtungen. Auch hier kann der Freistaat nicht einfach auf den Bund zeigen, sondern muss seinen Anteil leisten, um einen Rettungsschirm für die Kommunen umgehend auf den Weg zu bringen.



DIE ENERGIEPREISE MÜSSEN RUNTER: GASPRIEDECKEL UND HÄRTEFALLFONDS EINFÜHREN

Die aktuellen Preise für Strom und Gas belasten Bürger:innen und bringen insbesondere Menschen und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen an ihre finanzielle Leistungsgrenze oder lassen sie diese bereits überschreiten. Wir begrüßen daher den Beschluss der Ampel-Koalition, einen Preisdeckel für den Strom-Grundbedarf einzuführen und dies über die Abschöpfung von Zufallsgewinnen zu finanzieren. Ein solcher Deckel muss jedoch auch für den Gaspreis gelten. Der Grundbedarf für Privathaushalte sollte sich dabei anhand der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen berechnen. Bei Unternehmen soll er 80 Prozent ihres Vorjahres-Energieverbrauchs betragen. Diesen Grundbedarf erhalten sie zu einem staatlich garantierten Festpreis. Der darüber hinausgehende Energiebedarf wird zu Marktpreisen abgerechnet. Ein solches System sorgt dafür, dass die Energierechnung bezahlbar bleibt und schafft gleichzeitig Anreize zum Sparen.

Doch es wird Lebenssituationen geben, in denen Menschen sich bei allen Sparanstrengungen nicht

einmal das Minimum an Energie leisten können, das sie brauchen. Mit einem Härtefallfonds auf Bundes- oder Landesebene wollen wir den Menschen helfen, die ihre Nebenkosten trotz aller Unterstützungsleistungen nicht begleichen können. Auch Unternehmen, die durch die Energiekrise unverschuldet in Schieflage geraten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen keine andere Unterstützung in Anspruch nehmen können, muss unbürokratisch geholfen werden.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass auch in Sachsen alle Studierenden, Rentner:innen und Pensionär:innen von den Einmalzahlungen des Bundes zeitnah profitieren.



SCHUTZSCHIRM FÜR SPORT, KULTUR, SOZIALES, JUGEND UND EHRENAMT

Die steigenden Energiepreise stellen unsere Vereine in Sachsen vor sehr schwierige Herausforderungen. Das Engagement der vielen hunderttausend Vereinsmitglieder garantiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Tausende Vereine und Institutionen aus den Bereichen Sport, Kultur, Soziales und Jugend betreiben Einrichtungen, Büros, Anlaufstellen und Treffpunkte. Viele dieser meist ehrenamtlich geführten Vereine betreiben dabei eigene Immobilien. Auch sie müssen vom Energiepreisdeckel geschützt werden, notfalls braucht es auch eine schnelle und umfassende Unterstützung durch den Freistaat.



HELFER:INNEN HELFEN: UNTERSTÜTZUNG FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INSTITUTIONEN

In der Krise wenden sich viele Menschen nicht nur an staatliche Institutionen. Wir haben es schon während der Coronakrise erlebt: Mehr Menschen gehen zur Tafel, zur Schuldner:innenberatung und zu den Verbraucherzentralen. Die zusätzlichen logistischen und personellen Ressourcen werden diese und ähnliche Einrichtungen nicht ohne staatliche Unterstützung aufbringen können. Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass all diese wichtigen Säulen unserer Zivilgesellschaft so ausgestattet werden, dass sie ihrer wichtigen Arbeit auch in der Krise nachgehen können.



ARBEITSPLÄTZE SICHERN: UNTERNEHMEN IN DER KRISE HELFEN

Viele Unternehmen stehen in der jetzigen Situation unverschuldet vor existenziellen Herausforderungen. Wir begrüßen den Vorschlag der Bundesregierung, sie u.a. durch die Verlängerung bestehender Hilfsprogramme zu unterstützen. Vor allem Maßnahmen wie die Verlängerung der Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld und Hilfsprogramme für energieintensive Unternehmen tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern.

Darüber hinaus werden möglicherweise weitere Maßnahmen auf Landesebene erforderlich sein, um die Liquidität von Unternehmen, die aufgrund der explodierenden Energiekosten in eine Schieflage geraten, zu sichern. Um dies zu erreichen, kann der Sachsenkredit „Gründen und Wachsen“ erweitert werden, zudem wären erhöhte Tilgungszuschüsse in bestimmten Bereichen für kleine und mittelständische Unternehmen von großem Nutzen. Außerdem sollte schon jetzt Vorsorge getroffen werden, die bereits auf Landesebene bestehenden und bewährten Instrumente der Krisenhilfe für kleine und mittlere Unternehmen notfalls mit Landesmitteln aufzustocken. Das betrifft u.a. das Beratungszentrum Konsolidierung (BZK), das Programm Krisenbewältigung und Neustart (KUNST) sowie das Programm zur Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schwierigkeiten.



MOBILITÄT ERHALTEN: BEZAHLBAREN ÖPNV FLÄCHENDECKEND ERMÖGLICHEN

Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie hoch die Nutzung eines bezahlbaren und einfach zu handhabenden ÖPNV-Nahverkehrstickets ist. Wir begrüßen daher den Vorschlag der Bundesregierung, zukünftig zumindest hälftig ein bundesweit gültiges und preisgünstiges Nachfolgeticket zu finanzieren. Die finanzielle Beteiligung des Freistaates Sachsen ist hierbei selbstverständlich. Die Regierungskoalition muss die nötigen Mittel bereitstellen.

Ein attraktiver Nahverkehr muss jedoch mehr als nur günstig sein: Ein attraktiver ÖPNV ist bezahlbar, verfügbar und zuverlässig. Die aktuellen Mehrbelastungen durch die steigenden Energie- und Personalkosten müssen abgedeckt

werden, damit das derzeitige Angebot verfügbar bleibt. Bund, Länder und Kommunen müssen den Verkehrsunternehmen finanziell unter die Arme greifen. So sind die notwendigen Investitionen in ein umfangreiches Angebot, eine stabile Infrastruktur und ausreichend Personal möglich, damit mehr Menschen zuverlässig mit dem ÖPNV mobil sein können.



SOLIDARISCH SEIN: AUSGABEN GERECHT FINANZIEREN UND KLUG HAUSHALTEN

Wenn mit der Gasumlage in den Markt eingegriffen wird, um die Verluste großer Unternehmen aufzufangen, muss es auch eine Übergewinnabgabe geben, um an den Kosten dieser und anderer Maßnahmen zu beteiligen. Die Abschöpfung von Zufallsgewinnen ist ein guter erster Schritt.

Die Bundesländer haben nur wenig Möglichkeiten, die nötigen Einnahmen zu generieren, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren. Zusätzlicher Spielraum kann in Sachsen aber durch die Streckung der Tilgungsfristen coronabedingter Kredite auf das bundesweit übliche Maß von 25 bis 30 Jahren erreicht werden. Die Zuführungen an den Beamtenpensionsfonds des Freistaats sollten in der jetzigen Situation reduziert oder (befristet) ausgesetzt werden, da die gegenwärtig hohe Inflation trotz steigender Zinsen zu einer realen Negativrendite führt – der Freistaat verbrennt hier täglich Steuergeld, statt es sinnvoll zu nutzen. Sollten beide Maßnahmen nicht ausreichend sein, sprechen wir uns dafür aus, dass der Landtag erneut die „außergewöhnliche Notsituation“ nach Artikel 95 Absatz 5 der Verfassung feststellt. Damit erhält die Staatsregierung die Flexibilität, zusätzliche Kredite aufzunehmen, damit sie Sachsens Menschen und Betriebe nicht in der Kälte stehen lassen muss.

Der Bund sollte die Schuldenbremse 2023 aussetzen und mit einer Vermögensabgabe dafür sorgen, dass weitere Entlastungen und der gezielte und beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien möglich sind.



ENERGETISCH UNABHÄNGIG WERDEN: ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Die unmittelbar vor uns stehenden Herausforderungen müssen wir im Sinne der Bürger:innen und der Unternehmen unseres Freistaats beherzt angehen. Mittel- bis langfristig werden nur erneuerbare Energien bezahlbare Energiepreise gewährleisten. Klar ist: Bezahlbare Energie ist zentral für unsere Bürger:innen und die Zukunft unserer Unternehmen.

Zaudern und zögern oder mit dem Finger auf andere zeigen, ist nicht unser Ansatz. Deshalb gehört auch Ehrlichkeit dazu: Die Energiewende für gescheitert zu erklären, wenn man selbst maßgeblich am vermeintlichen Scheitern gearbeitet hat, ist zynisch. Schuldzuweisungen bringen uns aber auch nicht weiter.

Gerade jetzt, in der Krise, müssen wir auch langfristig denken. Eine Energieversorgung, die von geopolitischen Verwerfungen unabhängig ist, erreichen wir nur durch einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien. Mit staatlicher Förderung und Koordinierung müssen Photovoltaik und Windkraftwerke ebenso wie

Übertragungsnetze ausgebaut werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt, die Fachaufsicht gestärkt sowie bürokratische und steuerliche Hürden abgebaut werden, auch im Konflikt mit dem Denkmalschutz. Auch auf denkmalgeschützten Dächern darf Photovoltaik nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein, und Sichtachsen denkmalgeschützter Areale dürfen den Bau von Windkraftwerken nicht grundsätzlich verhindern. Ziel ist es, ausreichend Flächen für erneuerbare Energien in Sachsen zur Verfügung zu stellen und schnellstmöglich auch zu nutzen.

Insbesondere kommunale und genossenschaftliche Energieprojekte wollen wir unterstützen: Wenn die Menschen auch finanziell von der Energie profitieren, die vor Ort erzeugt wird, steigert das die Akzeptanz. Abstandsregelungen und weitere Hemmnisse müssen endlich unideologisch diskutiert werden, um den beschleunigten Ausbau zu ermöglichen. Um Verbrauchs- und Produktionsspitzen zu glätten, setzen wir uns für eine Verlängerung und den Ausbau der Speicherförderung im sächsischen Landeshaushalt ein. Weiterhin muss der Maßnahmenplan des Energie- und Klimaprogramms zügig beschlossen und umgesetzt werden; Priorität muss dabei den Maßnahmen der Energieeffizienz und des Ausbaus von erneuerbaren Energien eingeräumt werden.

